

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

23.2.1927 (No. 45)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postkontonr.
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amenb,
Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Abat, der als Kassensabat gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruhe, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Abat fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streit, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interessent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Wandlungen der politischen Betrachtungsweise

II.

Die Geschichtsschreibung späterer Jahrhunderte wird zweifellos die Zeit, in der wir leben, als eine der größten revolutionären Epochen der ganzen Weltgeschichte auffassen. Die große Umwälzung begann mit dem Aufkommen der Maschine. Die Auffassung, daß es wirtschaftliche, materielle Fragen gewesen sind, die den gewaltigen Umwälzungsprozess hervorriefen, wird wohl heute nicht mehr bestritten. Falsch dagegen ist es; aus dieser Erkenntnis eine Maxime für das gesamte weltgeschichtliche Geschehen abzuleiten. Die großen Umwälzungen, die zu Beginn des Mittelalters durch Mohamed und den Mohamedanismus im Orient und zum Teil auch in Europa hervorgerufen wurden, gehen z. B. fast ausschließlich auf rein religiöse Fragen zurück.

Naturngemäß hat aber der Ursprungscharakter der großen Revolution, in welcher wir nun schon seit Jahrzehnten drinstecken, auf den Verlauf des Prozesses selbst, wie auf die Geistesverfassung der Menschen den stärksten Einfluß ausgeübt. Und so sehen wir, daß auch heute noch das spezifisch Materielle, das Technische und Wirtschaftliche die gesamte Politik beherrscht. Und mit dieser Tatsache müssen wir uns alle abfinden. Das fällt zumal uns Deutschen, die wir unserem innersten Triebe nach viel lieber in einer Welt der schönen Gefühle und der wissenschaftlichen Idealität wohnen, besonders schwer. Wenn heute das parlamentarische System bei uns in Deutschland noch nicht so funktioniert, wie wir es wünschen, dann liegt das eben an dieser Ideologie, die ja immer mit einem Mangel an praktischem Sinn verbunden ist.

Den festen Glauben an eine bessere Zukunft werden wir uns durch nichts rauben lassen. Aber immer wieder müssen wir denen, welche die von uns geschilderten Zusammenhänge nicht überschauen und das Wesen ihrer Zeit nicht begreifen, Ruhe, Geduld und Besonnenheit empfehlen. Werfen wir einen Blick auf die Völker um uns herum! Mit welchen inneren und äußeren Schwierigkeiten müssen auch sie kämpfen! Versehen wir uns einmal in die Lage Englands, oder in die Frankreichs! Kann man es dann nicht verstehen, daß viele Angelegenheiten der Außenpolitik lässiger behandelt werden, als wir es in unserer patriotischen Ungeduld erwarten? Die englische Regierung ist durch die Entwicklung in China vor Probleme gestellt worden, von deren Beantwortung unter Umständen die Herrschaftstellung des britischen Reiches abhängen kann. Und das Kabinett Poincaré ist in seiner Position durch die inneren Schwierigkeiten derart erschüttert, daß heute sogar schon die Freunde des Ministerpräsidenten von der Möglichkeit seines Rücktritts sprechen.

Aber auch sonst: wohin wir schauen, ungelöste und doch drängende Probleme. Probleme moralischer, wirtschaftlicher und politischer Art. Wir alle sollten so verständig sein, um uns zu sagen, daß es der größten Geduld, der größten Umsicht und natürlich auch der größten Energie bedürfen wird, um Lösungen herbeizuführen, die einen wirklich glücklichen Abschluß der gigantischen Umwälzungs- und Übergangsperiode, in der wir uns befinden, in Aussicht stellen.

Der sozialdemokratische Pensionsfürsorge-Antrag

Der bereits angekündigte sozialdemokratische Gesetzesantrag über die Pensionsfürsorge ist jetzt im Reichstag eingegangen. Der Entwurf behandelt zunächst die Erfassung der Privateinkommen. Unberücksichtigt soll das Privatvermögen bei der Kürzung bleiben bis zur Höhe des Betrages, der dem Gehalt der Eingangsstufe der Versorgungszuschläge, und zwar dieser zweifelt, soll um die Hälfte gekürzt werden, um den das Privatvermögen das litzungsfreie Privateinkommen übersteigt. Als Pensionshöchstbetrag werden in dem Entwurf 12 000 Mark jährlich festgesetzt. Das Republikanische Gesetz soll dahin geändert werden, daß im Falle der Entlassung auf Gefängnis oder Festungshaft zugleich auf Verlust der belohnten öffentlichen Ämter, bei Militärpersonen auf Dienstentlassung, sowie den gänglichen oder teilweisen, den dauernden oder zeitweiligen Verlust des Gehalts, Wartegeldes oder Ruhegehalts zu erkennen ist.

Die Fernsprechtabelle Leipzig-England wurde Montag abend durch ein Gespräch anlässlich der Eröffnung der britischen Industriemesse in Birmingham eröffnet. Die Strecke beträgt 1700 Km. Die Verständigung war sehr gut.

Eine Kundgebung zur ländlichen Siedlung

Die Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation bittet uns um Weitergabe folgender Kundgebung:

Im Jahre 1926 hat das Reich namhafte Beträge für die ländliche Siedlung bereitgestellt. Preußen hat sich dem angeschlossen. Dieser Schritt wird in allen Kreisen des deutschen Volkes lebhaft begrüßt. Sind doch — in der Voraussehung, daß Siedlung Eigentum bedeutet und daß bei der Durchführung des Siedlungswertes der Rechtsgrundsatz des Eigentums voll gewahrt bleibt — an einem umfassenden ländlichen Siedlungswert Landwirtschaft, Industrie, Handel und Gewerbe, Städte und Landgemeinden in gleicher Weise interessiert.

Die Landwirtschaft braucht für ihren Bevölkerungszuwachs neuen und ausreichenden Lebensraum. Auch die in den Landkreisen und Landgemeinden zusammengefaßte Selbstverwaltung kann nur gedeihen, wenn der ländliche Nachwuchs dem flachen Lande möglichst erhalten bleibt.

Die Industrie erstreckt angelehnt der geschmälerten Ausführungsmöglichkeiten durch Vermehrung der bäuerlichen Stellen eine Stärkung der Aufnahmefähigkeit des landwirtschaftlichen Marktes für ihre Erzeugnisse.

Handel und Gewerbe, insbesondere in den mittleren und kleineren Städten, werden durch die in ihrem Umkreis neu entstehenden Bauerngemeinden erfahrungsgemäß stark belebt. Die Städte ebenso wie die großen Landgemeinden in den Industriegebieten, können ihrer Wohnungsnot und Erwerbslosigkeit und der damit zusammenhängenden Folgeerscheinungen nicht Herr werden, wenn mit deren Bekämpfung nicht zugleich die Quelle des Übels — die übermäßige ländliche Abwanderung — durch eine starke ländliche Ansiedlung verstopft wird.

Wenn trotzdem eine großzügige ländliche Siedlung bisher nicht in Fluß gekommen ist, so liegt der Grund darin, daß wesentliche sachliche Voraussetzungen für eine umfangreiche Siedlung auch jetzt noch nicht erfüllt sind.

Die unterzeichneten Organisationen fordern deshalb:

1. Wiederherstellung einer ausreichenden Rentabilität der Landwirtschaft als der sinnigsten Vorbedingung für die Gründung lebensfähiger neuer Bauernstellen.

2. Zusammenwirken aller öffentlichen Faktoren zur Förderung der Siedlung nur nach sachlichen Gesichtspunkten.

3. Verwendung nur leistungsfähiger, sachkundiger und genügender Sicherheit bietender Siedlungsträger für die praktische Durchführung des Siedlungswertes. Die Möglichkeit der Selbstsiedlung durch den Grundbesitzer muß daneben gegeben sein.

4. Ausschaltung aller bürokratischen Eingriffe in die Siedlungstätigkeit. Die wirtschaftliche Selbstständigkeit und Beweglichkeit der Siedlungsträger muß vielmehr zur Sicherung eines wirklich wirtschaftlichen, billigen und schnellen Verfahrens unangestraft bleiben.

5. Neben einem ausreichenden Zwischenkredit für den Siedlungsträger weitgehenden und billigen öffentlichen Dauerkredit für den einzelnen Ansiedler als unerlässliche Voraussetzung für eine umfangreiche Neusiedlung.

Die Zwischen- und Dauerkredit-Mittel sind nach gesellhaft festgelegten Maßstäben zu gewähren und von der Kreditgeber-Stelle auf Grund des Gutachtens der Landeskulturbehörde ohne Einschaltung weiterer Behörden entsprechend dem Verfahren der Vorkriegszeit unmittelbar zu bewilligen. Nur dann ist es dem Siedlungsträger wieder möglich, planmäßig auf Jahre hinaus sichere Maßnahmen zu treffen.

Eine schnelle Regelung des Siedlungsverfahrens nach diesen Vorschlägen ist notwendig, wenn nicht auch noch das Jahr 1927 gleich den Vorjahren für den Beginn einer großzügigen ländlichen Siedlung verloren gehen soll.

Unterzeichnet haben diese Kundgebung: Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation; Deutscher Landwirtschaftsrat; Deutscher Industrie- und Handelsrat; Reichslandbund; Deutscher Bauernbund; Preuß. Hauptlandwirtschaftskammer; Reichsverband der Deutschen Industrie; Vereinigung der deutschen Bauernvereine; Reichsverband landwirtschaftlicher Klein- und Mittelbetriebe; Verband der Preussischen Landgemeinden.

Der Reichsarbeitsminister über das Siedlungswesen.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns hielt am Dienstag in Berlin vor Vertretern der Presse einen Vortrag über das Siedlungswesen und gab einen kurzen Überblick über das gesamte Siedlungswesen, das mit dem Reichs-Siedlungsgesetz vom 11. August 1919 seinen Anfang nahm.

Erst im Jahre 1926 hat das Siedlungswesen in größerem Umfang seinen Anfang genommen. Zunächst sollte Preußen selbständig einen Betrag von 40 Millionen für Landeskulturzwecke für die beiden Jahre 1926 und 1927 ein. Ein Siedlungswert in großem und befriedigendem Umfang ist aber nur möglich, wenn das Reich von sich aus größere Mittel für diese Zwecke einsetzt. Im Nachtragshaushalt des Reiches für 1926 wurden deshalb 50 Millionen für die Zwecke der landwirtschaftlichen Siedlung in dem bevölkersten Gebieten zur Verfügung gestellt. Nach dem Willen des Reichstages soll zunächst die gleiche Summe fünf Jahre lang bereitgestellt werden. Für die Zwecke der Siedlung werden auf Antrag des Reichsarbeitsministeriums 15 Millionen Mark bewilligt, wovon 5 Millionen sofort abgefordert wurden, um für die Ansiedlung von entlassenen Reichswehrsoldaten Anwendung zu finden. Schließlich wurde auf Antrag Preußens 7 Millionen Mark Reichsgelder der Pflanzsiedlung zur Verfügung gestellt. Die nunmehr einsehende Auseinandersetzung zwischen Preußen und dem Reich dreht sich um die Frage, wie diese Gelder verwendet werden sollen. Preußen machen den Vorschlag, eine Ministerkommission einzusetzen, die die Richtlinien über die Verwaltung dieser Gelder

aufstellen sollte und dann wollte Preußen post festum dem Reich referieren.

Zum Schluß betonte der Minister noch, daß in Zukunft das Reich wahrscheinlich noch größere Mittel zur Verfügung stellen müsse, um das Siedlungswesen in großzügiger Form durchführen zu können. Selbstverständlich sollen die Einrichtungen der Länder in der Verwaltung der Gelder in jeder Beziehung mit herangezogen werden. Praktisch liege also die Durchführung nach wie vor bei den Ländern, und es wäre nur dringend zu wünschen, daß die Auseinandersetzung über die Grenzen der Kompetenzen baldigt auf dem Wege der Verständigung beseitigt würden.

Deutscher Reichstag

BRD. Berlin, 22. Febr.

Anträge der Völkischen, des Bayer. Bauernbundes und der Demokraten auf Änderung der Aufwertungsbestimmungen werden ohne Debatte dem Rechtsausschuß überwiesen.

Dann wird die zweite Beratung des Haushalts der Versorgungs- und Ruhegehalts fortgesetzt.

Abg. Leißl (B. Vp.) erklärt, er könne aus der Denkschrift über die Pensionsaufwendungen kein richtiges Bild erhalten. Wenn auch nur drei Sozialdemokraten darin aufgeführt sind, so müsse man doch daran denken, wie viel Pensionen in den Regierungen nach der Revolution verbraucht worden sind. Die hohen Pensionsätze seien 1920 von einer Regierung beschlossen worden, in der auch Sozialdemokraten saßen. Diese Generale hätten auch eine so lange Dienstzeit hinter sich, daß die Höhe der Pensionen verständlich ist. (Unruhe links und Zurufe). Die Mehrzahl der pensionierten Offiziere lebe geradezu im Glend. Die Bayerische Volkspartei werde der Aufschufentscheidung auf Pensionsfürsorge zustimmen, weil sie der Meinung sei, daß in der jetzigen Not des Landes jeder Vaterländische Gestimmte Opfer bringen müsse.

Ministerialrat Merckensheimer kündigt den Krieges über die Beförderung von Offizieren während des Nachweises für die nächste Woche an.

Damit schließt die Aussprache. Die kommunistischen Änderungsanträge, darunter auch die Streichung der Pensionen für 104 Minister und Staatssekretäre und 1753 Generale werden gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Der sozialdemokratische Antrag, die Regierung solle bis zur dritten Lesung des Etats eine Tabelle zum Vergleichsgesetz vorlegen, um die Mittel der Kriegsschädigten-Renten um 150 Millionen zu erhöhen, geht an den Haushaltsausschuß.

Es folgt die Beratung des Etats des Reichspräsidenten.

Abg. Hönke (Komm.) beantragt Streichung des Gehalts des Reichspräsidenten. Der Name Hindenburg sei verbunden mit der Zeit größter Schmach, die das deutsche Volk durchgemacht habe. (Stürmische Pfuirufe bei der Mehrheit.) Der Redner schließt mit Angriffen gegen das Reichsamt Schwarz-Rot-Gold und gegen die Sozialdemokratie, die vor Hindenburg in die Knie gesunken seien. Hindenburg habe sich erwiesen als Vertreter der reaktionärsten Massen Deutschlands (Unruhe rechts).

Reichsjustizminister Herzt gibt darauf, fortwährend durch lärmende Kundgebungen der Kommunisten unterbrochen, eine Erklärung ab: Es ist seit langen Jahren zum erstenmal vorgekommen, daß in diesem Hause die Person und der Name unseres allberehrten Reichspräsidenten in einer so unerhörten Weise in die Debatte gezogen worden ist, wie sie dem tiefsten Empfinden ungeheuer weiter Kreise des Volkes widerstrebt. Es ist eine Ungeheuerlichkeit, wenn das Staatsoberhaupt in einer solchen Weise in den Staub zu ziehen versucht wird. Die ungeheuerlichen Vorwürfe des Abg. Hönke reichen an die Person des Herrn Reichspräsidenten nicht heran. Das ganze Volk ist ihm zu tiefstem Dank verpflichtet. Wie wissen, wie er durch sein Verhalten bei Kriegsende und durch seine Amtsführung als Präsident für die Konsolidierung unseres Staatswesens beigetragen und wie er das Ansehen Deutschlands in der ganzen Welt durch sein Verhalten gefestigt und gehoben hat (Beifall rechts, Lärm bei den Kommunisten).

Der kommunistische Streichungsantrag wird darauf gegen die Antragsteller abgelehnt und der Haushalt des Reichspräsidenten gebilligt.

Es folgt der

Haushalt des Reichsjustizministeriums.

Zu diesem Etat liegt eine Reihe von Anträgen vor. Der Ausschuß verlangt eine statistische Übersicht über die Entscheidungen für unschuldig erklährte Gaft. Die Sozialdemokraten beantragen Milderung in Bestrafung des Hochverrats, Wiederherstellung der früheren Schwurgerichte, ferner beantragen sie die Angabe der Stimmenmehrheit bei Verurteilung der Reichsgerichte in Strafsachen. Mehrere Anträge verlangen Änderung der Rechtsanwaltsordnung durch Zulassung der Rechtsanwälte von Amtsgerichten bei Landgerichten. Die Demokraten insbesondere verlangen die Zulassung der Rechtsanwältinnen in jedem deutschen Lande.

Reichsjustizminister Herzt geht auf die im Ausschuß viel besprochene Vertrauenskrise der Justiz ein: Die Vertrauenskrise werde vielfach überschätzt und als eine ganz besondere deutsche Eigentümlichkeit betrachtet. Wenn man bedenkt, was seit Krieg und Staatsumwälzung alles auf den Richterstand eingestürzt ist, dann hieße es Übermenschliches verlangen, wenn man glaube, das hätte keinerlei Hemmnisse im Gefolge gehabt. Wir in der Regierung verlieren keineswegs, daß viele Einzelsfälle in ihrer richterlichen Erledigung nicht befriedigt haben, daß gewisse Härten und Ungleichheiten vorgekommen sind. Ein gefährliches Spiel wird getrieben mit dem

Gedanken einer Aufhebung der Unabhängigkeit des Richterstandes. Wenn die Monarchien einen unabhängigen Richterstand ertragen könnten, dann sollte auch die deutsche Republik dazu stark genug sein. Die Reichsregierung will nicht die Politisierung der Richter und wird sich mit aller Energie dagegen wehren. Von der Möglichkeit der Begnadigung der wegen politischer Verbrechen Verurteilten ist reichlich Gebrauch gemacht worden. Von außerordentlichen Gerichten sind im ganzen 3818 Personen verurteilt worden. Davon sind 3098 Fälle durch Einzelgnadenweise erledigt. Von 761 Urteilen des Reichsgerichts und des Staatsgerichts sind 458 durch solche Gnadenweise erledigt worden. Im letzten Jahre sind bei ihm 723 Anzeigen gegen Kommunisten wegen Hochverrats eingegangen und nur 44 dieser Anzeigen haben zur Anlagerhebung geführt. Ich werde bemüht sein um die Selbstenkung des Richterstandes von politischen und auch von materiellen Sorgen. Der Minister erinnert am Schluß an die Vorarbeiten zur Reform des Strafgesetzbuches, mit der auch eine Angleichung des österreichischen und reichsdeutschen Rechts erstrebt werde.

Hg. Dr. Levi (Soz.): Zum erstenmal ist heute im Reichstag von einem Reichsjustizminister die unbestreitbare Tatsache zugegeben worden, daß eine Vertrauenskrise der Justiz besteht. Man kann den Richterstand beurteilen nicht nach der Erledigung der vielen normalen Fälle, sondern der vielen schwierigen Fälle, in denen der Richter zeigen soll, daß sein Gerechtigkeitsgefühl seine persönlichen Empfindungen überwiegt. Der Reichsgerichtspräsident Dr. Simons ist auch ein Beispiel der Männer, die alle jene Vorkenntnisse vergessen haben, die sie vor ihrer Berufung abgaben. Die Feststellung des Landesverratsbegriffes in der jetzigen Praxis ist juristisch kaum haltbar. Der 4. Strafsenat des Reichsgerichts verurteilt jetzt jede Kundgebung kommunistischer Gedanken als Vorbereitung zum Hochverrat.

Am 6 1/2 Uhr wird die Weiterberatung auf Mittwoch 8 Uhr vertagt.

Politische Neuigkeiten

Dr. Reinhold über seine Finanzpolitik

Im „Berl. Tagebl.“ führt der frühere Reichsfinanzminister Dr. Reinhold in einer umfassenden Rechtfertigung seiner Finanzpolitik u. a. aus: Worum geht der Streit? Als ich im Februar 1926 die deutsche Steuerlast um eine halbe Milliarde erleichterte, stellten die Deutschnationalen das als eine Panzerpolitik hin, die spätestens im März 1926 zum Zusammenbruch der Reichsfinanzen führen und uns in eine heillose Defizitwirtschaft hineintreiben müßte. Seit das prophezeigte Defizit nicht eingetreten ist, hat man ein neues Schlagwort gefunden: Ich hätte nur deshalb das Budget im Gleichgewicht halten können, weil ich die angesammelten Reserven von 500 Millionen aufgebraucht hätte, eine völlig unwahre Behauptung! Wenn sie wiederholt werden sollte, werde ich vom jetzigen Reichskabinett Befreiung von meiner amtlichen Schweigepflicht erbitten, um Klar für Klar nachzuweisen, welche Reserven ich vorgefunden habe und wie es bei meinem Ausscheiden aus dem Amte damit stand. Für heute sei nur das eine gesagt: Ich habe keinen Pfennig dieser stillen Reserve zur Deduktion von Ausgaben des öffentlichen Amtes benutzt. Dafür habe ich etwas anderes getan: Ich habe die angesammelten Gelder, die nutzlos dem Kapitalmarkt entzogen waren, und lediglich dem Geldmarkt in durchaus nicht immer erwünschter Weise zur Verfügung standen, wieder der wirtschaftlichen Kapitalbildung zugeführt als rückzahlbare Reichsdarlehen für den Wohnungsbau, für das Investitionsprogramm der Reichsbahn, für landwirtschaftliche Kredite und andere produktive Zwecke.

Coolidge zum Geburtstag Washingtons

In einer gemeinsamen Sitzung beider Kongreßhäuser hielt wie aus Washington gemeldet wird, Präsident Coolidge eine Ansprache, die den Auftakt zur Verwirklichung der Pläne für eine großartige Feier von Washingtons 200. Geburtstag im Jahre 1932 darstellt. Die Rede wurde durch Rundfunk in allen Landesteilen verbreitet. Coolidge pries Washington als Selbstdenker, tüchtigen Geschäftsmann, Idealisten, Patrioten, Staatsmann, Ozeanführer und vom nationalen Geiste erfüllten Kämpfer. Wie Washington für die Vereinigten Staaten ein hervorragender Staatsmann war, wurde er für die ganze Welt eine hervorragende Persönlichkeit. Seine Feldherrnkunft wankte niemals. Sie siegte über ein auf der Höhe seines Ruhmes stehendes Volk, das 700 Jahre lang seinen Sieger anerkannt hatte. Wenn wir bedenken, daß die von ihm begründete Regierungsform im Laufe der Zeit sich bewährte und der Auffassung von nahezu 120 Millionen Menschen entspricht, die einen halben Kontinent einnehmen und eine Großmacht darstellen, wie sie die Welt je sah, so können wir den Umfang und die Kraft von Washingtons Staatskunst ermessen.

Die Rede Coolidges wurde auch in Deutschland in Königswusterhausen und Zehlendorf auf Welle 22 vernommen. Sie wurde anfangs nur unbestimmt gehört. Mit der fortschreitenden Dunkelheit wurde die Verständigung besser und war im letzten Teile der Rede ausgezeichnet. Auch die Weifallskundgebungen und das Spiel der Nationalhymne waren gut zu hören. Coolidges Rede dauerte etwa 20 Minuten, sie schloß um 7.11 Uhr Berliner Zeit.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat heute Mittwochs Vormittag 10 Uhr zu einer Sitzung zusammen und beschäftigte sich zunächst mit dem deutsch-italienischen Handelsvertrage. Im weiteren Verlauf der Sitzung wird eine allgemeine Aussprache über die deutsch-russischen Beziehungen stattfinden. Die Verhandlungen, an denen auch Reichswirtschaftsminister Dr. Gessler teilnimmt, werden einen streng vertraulichen Charakter tragen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages hat am Dienstag neben seinen Vormittagsitzungen auch noch Beratungen in den Abendstunden vorgenommen, um den Etat bestimmt vor den Osterferien verabschieden zu können. Am Dienstag abend erfolgte die Fortsetzung der Etatsberatung für das Reichswirtschaftsministerium. Auf eine Anfrage über die Religionsangehörigkeit der Wehrmachtangehörigen teilte General von Haack mit, daß es in der Reichswehr 76 573 Evangelische gebe, 24 598 Katholische, germanische Glaubensgemeinschaft 2, Juden 12, Dissidenten 125, Freidenker 1, ohne Religion 2 außerdem noch Menoniten, Baptisten, Mormonen usw.

Ein 10 Millionen-Kredit zur Urbarmachung preussischer Moore. Das preussische Staatsministerium hat dem Staatsrat einen Gesetzentwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Urbarmachung staatlicher Moore und zur Förderung des Gemüsebaues im staatlichen Priesenmoor (St. Friesland) zur beschleunigten gutachtlichen Auserkung überreicht. Dem Amtlichen Preussischen Pressebüro zufolge soll das Staatsministerium zu diesem Zwecke einen Betrag von 10,2 Millionen Reichsmark verlangen, die vom Finanzministerium im Wege des Kredites beschafft werden sollen.

Zur Lage in China

In Shanghai hat sich die Lage verschlimmert, da chinesische Kanonenboote von Sun Tschuan Fang abfielen, zu den Kanononen übergangen u. die Eingeborenenstadt beschossen, wobei Granaten auch in die französische Niederlassung fielen. Die Freiwilligen in den fremden Konfessionen sind mobilisiert worden. Die chinesischen Polizisten, die bisher Sun Tschuan Fang ergeben waren, lehnen sich auf. Erregte Menschenmengen zogen durch die Straßen und verbeeten die Behörden, die für die vielen Hinrichtungen verantwortlich sind, in Schreien.

W.W. London, 23. Febr. (Tel.) Dem Sonderkorrespondenten der „Chicago Tribune“ in Shanghai zufolge hat angeblich gleichzeitig mit dem Angriff des chinesischen Kanonenbootes eine mit Pistolen bewaffnete Menge von 600 Chinesen die Polizeistation in der Eingeborenenstadt angegriffen. Vier Polizisten wurden getötet und mehrere schwer verwundet, bevor der Angriff abgebrochen war.

Neuter meldet aus Shanghai: Der Gouverneur von Schantung, General Schantungshang ist in Nanjing eingezogen und hat aufgrund einer Vereinbarung mit Sun Tschuanfang die Herrschaft über die Stadt übernommen. Die Truppen des Generals Fengtien werden die Bahnlinie südlich von Nanjing sichern und es dadurch den in Nanjing eingetroffenen 32 000 Mann der Nordarmee ermöglichen, alsbald an der Verteilung Shanghais teilzunehmen. Alles deutet darauf hin, daß Sun Tschuanfang als militärischer Faktor ausscheidet.

W.W. Hamburg, 23. Febr. (Tel.) Beim Ostasiatischen Verein in Hamburg ging heute folgendes von der Deutschen Handelskammer in Shanghai gestern Abend aufgegebenes Telegramm ein: Der Generalstreik ist nur teilweise eingetreten. Shanghai ist absolut ruhig. Zu Besorgnissen ist zurzeit keine Veranlassung.

Die Hirtfelder-Verordnung. Das preussische Staatsministerium beschäftigte sich in seiner Dienstag-Sitzung mit der Verordnung des preussischen Wohlfahrtsministers über die Förderung der Wohnungszwangswirtschaft im Bezug auf die gewerblichen Räume und kam zu dem Beschluß, daß es aus den vom Wohlfahrtsminister angeführten Rechtsgründen nicht angeht, die Inkraftsetzung der Verordnung entsprechend den Beschlüssen des Landtages hinauszuschieben. — Auf die Reichsregierung soll aber, wie Dr. B. weiter hört, dahin eingewirkt werden, bei Änderung des Mietrechtgesetzes die obligatorischen Schiedsstellen zum Schutze der Mieter einzuarbeiten. Außerdem wurde der Justizminister beauftragt, die Staatsanwälte anzuweisen, allen Fällen von Mietswucher bei der Neuverteilung der Lodenmiete ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden.

Kurze Nachrichten

Das Schankstättengesetz. Die Verhandlungen des Reichsrates über das Schankstättengesetz, die am Montag beginnen sollten, wurden auf den Wunsch einiger Landesregierungen bis zum März vertagt. Sie sollen nunmehr am 7. März beginnen und voraussichtlich drei Tage dauern. Bis dahin werden die Länder wahrscheinlich neue Änderungsanträge zu dem Regierungsentwurf eingebracht haben.

Brannweinsteuererhöhung abgelehnt. Der Arbeitsausschuß des Reichswirtschaftsrates zur Beratung der Erhöhung der Brannweinsteuer hat am Montag die Vorlage behandelt und ist zu dem Entschluß gekommen, dem Hauptausschuß die Ablehnung der Brannweinsteuererhöhung zu empfehlen. Der Arbeitsausschuß für die Beratung des zweiten Teiles der Regierungsvorlage, nämlich der Ermäßigung der Zucksteuer, wird in der nächsten Woche zusammentreten.

Dr. Kütz berichtet in Sachsen. Der ehemalige Reichsminister des Innern Dr. Kütz hat an den sächsischen Staatspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er angesichts der Haltung der Aufwertungspartei, die den im sächsischen Landtag und in der sächsischen Regierung ohnehin schon bestehenden Schwierigkeiten nur neue hinzuzufügen würde, bittet, mit Rücksicht auf seine politische Selbstachtung von seiner Ernennung zum Minister abzusehen zu wollen.

Zur Regierungsbildung in Thüringen. Der neue Landtag von Thüringen beauftragte am Dienstag den Abg. Brill (Soz.), die Verhandlungen unter den einzelnen Fraktionen zum Zwecke der Regierungsbildung einzuleiten und vertagte sich dann auf unbestimmte Zeit.

Außerbetriebstellung des Linienschiffes „Hannover“. Am 1. März scheidet das Linienschiff „Hannover“ aus dem Dienste aus und wird durch das umgebaute Linienschiff „Schlesien“ ersetzt werden.

Ein Kinderheim der Marine. Das Kieler Marinearsenal Kiel hat ein in Wellingdorf gelegenes ehemaliges Obdikt käuflich erworben und als Kinderheim für rund sechzig Kinder von Marineangehörigen ausgebaut und dieser Tage in Betrieb genommen.

Die Ausperrung der Holzarbeiter in Württemberg soll, wie der „Vorwärts“ mitteilt, in Stuttgart heute und in den übrigen Teilen des Landes am 26. Februar beginnen und dürfte etwa 9400 Arbeiter umfassen. Die Verhandlungen bei der Möbelfabrik Schöttle in Stuttgart sind ergebnislos verlaufen. Lohnstreikigkeiten bei dieser Firma bilden die Ursachen der Ausperrung. Verhandlungen vor dem Schlichter sind gestern ergebnislos verlaufen.

Schröders Gnadengesuch. Wie die „Magdeburger“ berichtet, liegt das Gnadengesuch Schröders, der am 17. September v. J. wegen Raubmordes an dem Buchhalter Selling zum Tode verurteilt worden ist, nunmehr dem Justizministerium vor. Dem Gnadengesuch sind auch die literarischen Arbeiten, die Schröder während seiner bisherigen Haft angefertigt hat und die einem Umfang von fünf handgeschriebenen Bänden umfassen, beigelegt.

Die Neuwahlen in Österreich werden voraussichtlich bereits für den 15. Mai ausgeschrieben werden.

Die Frage der Weisprachigkeit in Elsaß-Lothringen. Die Senatoren aus Elsaß und Lothringen sind am Dienstag in Paris zu einer Sitzung zusammengetreten, um sich über die Frage der Weisprachigkeit zu verständigen. Sie konnten zu keinem Ergebnis gelangen und werden ihre Beratungen fortsetzen.

Scharfer Wahlkampf in Chicago. Aus Chicago wird berichtet, daß es dort bei dem ersten Wahlkampf der Würgermeister- und Gemeinderatswahlen zu zahlreichen Gewalttätigkeiten kam. Obwohl 3000 Polizisten und Detektive die Wahllokale bewachten und in Automobilen mit Gewehren und Maschinengewehren durch die Straßen fuhren. Im Hauptquartier eines kommunistischen Kandidaten für einen Gemeinderatsposten, wohin ein Wahlkontrolleur entführt worden war, verhaftete die Polizei 30 Männer und beschlagnahmte sechs Revolver und ein Maschinengewehr.

Nähertritt der estländischen Regierung. Das Kabinett Teemant ist, wie aus Reval gemeldet wird, zurückgetreten, da das Parlament die Maßnahmen des stellvertretenden Innenministers, betreffend die Gemeindegewahlen, als nicht mit der bisherigen Wahlpraxis im Einklang stehend erklärte.

Einweihung des Spinoza-Hauses im Haag. Dienstag vor-mittag fand im Pavillon Gracht im Haag die Einweihung des Hauses, in dem Spinoza zuletzt im Haag gelebt hat und das kürzlich von der Spinoza-Gesellschaft erworben und zu einem Spinoza-Forschungsinstitut ausgebaut wurde, vor einer größeren Zahl von holländischen und ausländischen Gästen statt. An der Montag abend abgehaltenen Spinozafeier nahmen außer dem Vertreter der Königin u. a. der deutsche Gesandte, Baron Lucius v. Stoelen, sowie die Gesandten Österreichs, Frankreichs und der Vereinigten Staaten und eine Reihe deutscher Professoren teil.

Badischer Teil Wohnungsbau

Der Abschluß der Baustatistik über den Wohnungsbau 1926 hatte das erfreuliche Ergebnis, daß in diesem Jahre in Baden 8310 Wohnungen neu geschaffen wurden und zwar fast ausschließlich durch Neubauten. 1924 waren es 4944 und 1925: 7887 Wohnungen. Der jährliche Neubedarf an Wohnungen durch Verheirathungen und sonstige Haushaltsgründungen mit etwa 6500 Wohnungen ist hiernach in den beiden letzten Jahren gedeckt, und es wurde sogar noch der Fehlbedarf, den die Regierung Anfangs 1925 auf 25 000 Wohnungen geschätzt hat, um etwas gemindert.

Von den genannten Wohnungen wurden mit öffentlichen Baudarlehen gefördert:

1924:	2883
1925:	5219
1926:	6564

Die Zahl der ohne öffentliche Baudarlehen erstellten Wohnungen ist hiernach in den letzten Jahren leider stark zurückgegangen. Gätte man die Bautätigkeit nicht durch die aus den Einkünften der Gebäudebesitzer stammenden Baudarlehen fördern können, so wäre ihr Zusammenbruch wohl unvermeidlich gewesen.

Für das Jahr 1927 ist ebenfalls wieder eine lebhaftere Bautätigkeit zu erwarten. Das Land hat zu ihrer Behebung den Wohnungsverbänden und verbandsfreien Gemeinden auf Anfang März d. J. den Betrag von 4 Millionen Mark zur Verfügung gestellt. Außerdem werden monatlich erhebliche Beträge aus der Gebäudebesitzersteuer der Bauwirtschaft zufließen.

Die Fachkurse des Bad. Landesgewerbeamts

Die zur Weiterbildung des Handwerks und der Facharbeiter bestimmten Fachkurse des Bad. Landesgewerbeamts konnten vor einigen Jahren auf ein vierzigjähriges Bestehen zurückblicken. Ursprünglich waren die Kurse nur für wertige Handwerksberufe bestimmt, im Laufe der beiden letzten Jahrzehnte wurden sie jedoch immer mehr ausgebaut und für die verschiedensten gewerblichen Berufstätigkeiten nutzbar gemacht, so daß sie heute als eines der wichtigsten und erfolgreichsten Mittel der praktischen Gewerbeförderung angesprochen werden können.

Die Kurse sollen in der Hauptsache den Handwerkern und Facharbeitern Gelegenheit geben sich in der Technik ihres Gewerbes weiterzubilden und zu vervollkommen, Neuerungen kennen zu lernen und sich praktisch darin zu üben. Sie sind ferner auch dazu bestimmt, das Handwerk auf neue Arbeitsgebiete oder Tätigkeitsmöglichkeiten hinzuweisen und ihm Gelegenheit zu bieten, sich auf diesen Arbeitsgebieten die erforderlichen Kenntnisse anzueignen. Zu diesem Zwecke erstreckt sich das Unterrichtsgebiet der Kurse auf die Vermittlung technischer Neuerungen, neues Arbeitsverfahren, Vermittlung von Kenntnissen und Fertigkeiten auf Spezialgebieten, einfachere Untersuchungen von Arbeitsmaterialien, Neubelebung alter für das Handwerk brauchbarer und nützlicher Techniken, sowie auf Vorträge betriebswirtschaftlicher Art. Nach der Art ihrer Einrichtung sind die Kurse ferner Spezialkurse, die zumeist nur ein eng begrenztes Fachgebiet behandeln, in der Regel 8-14 Tage dauern und die Zeitdauer von 3 Wochen nicht übersteigen. Veranlaßt werden sie durch Wahrnehmungen, die das Landesgewerbeamt durch seine engen Beziehungen zum Gewerbe und seinen Organisationen macht.

Im allgemeinen darf von diesen Kursen gesagt werden, daß sie sich eines guten Ansehens und besonderer Wertschätzung seitens der in Betracht kommenden Kreise, und zwar auch über die Grenzen Badens hinaus, erfreuen, was aus der von Jahr zu Jahr wachsenden Zuanpruchnahme derselben und der Beteiligung aus Nachbarländern hervorgeht.

An den 44 Kursen, die im Laufe des letzten Jahres veranstaltet wurden, haben insgesamt 844 Personen teilgenommen.

Die Tagung der Evang. Landes synode

Die Tagung der Evang. Landes synode wird am nächsten Sonntag durch einen Gottesdienst eingeleitet werden; dieser findet in der Stadtkirche statt und beginnt um 10 Uhr vormittags; die Predigt wird Prälat D. Rühlwein halten. — Die Eröffnungssitzung wird am Montag, den 28. Februar im Landtagsgebäude stattfinden und vormittags 10 Uhr beginnen. Voraussichtlich wird ihr am gleichen Tag noch eine zweite Vollziehung folgen.

Tagungen

Der Landesverband badischer Seemanns hielt am Dienstag in Bruchsal eine Kreisversammlung ab. Die aus Mittelbaden stark besuchte Versammlung wurde von Frau Bredt-Huttenheim als Landesvorsitzenden geleitet und erledigte eine Reihe beruflicher Angelegenheiten. Gemeinde- und Ärztevertretungen wohnten der Versammlung bei.

E. Büchle Inhaber: W. Bertsch
Kaiserstraße 128
Spezialhaus für

Bilder u. Einrahmungen

Gute Ausführung bei
billigst. Berechnung
Große Auswahl

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuss

des Landtages setzte am Dienstag Abend seine Beratungen fort.

Eine Eingabe, die verlangt, daß die babilischen Banknoten in allen Teilen des Reiches als Zahlungsmittel anerkannt werden, wird der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen. Bei dem Titel „Spiritus-Monopolgesetz“ wird ein Antrag Klüber, daß diejenigen Brenner, denen wegen kleiner Vergehen das Brennrecht entzogen sei, das Brennrecht wieder erhalten sollten, angenommen.

Zugleich der Ortsklassenverzeichnisse stellt Abg. Dr. Baumgartner (Zentr.) den Antrag, daß die Grundzüge nachgeprüft werden sollten, daß die weitgehende Differenzierung vereinfacht und daß vielleicht durch Bildung größerer Gebiete als Teuerunggebiete die Angelegenheit gerechter geregelt werde. Ein Besuch des Ortsleiters Orientau, in eine höhere Ortsklasse eingereiht zu werden, wird der Regierung empfehlend überwiesen, ein gleiches Gesuch Redargerach-Heidelberg zur Kenntnis genommen.

Der Ausschuss nimmt die Mustersteuerordnung zur Kenntnis. Ein soz. Abg. wünscht, daß die allgemeine Wertzuwachssteuer auch für die Gemeinden obligatorisch gemacht werde.

Bei der Besprechung der Steuererleichterung wird allgemein gewünscht, daß das Steuerwesen vereinfacht werde. Wie der Minister bekannt gibt, können in einzelnen Fällen die Vergünstigungen erlassen werden, eine genereller Nachlaß sei aber mit Rücksicht auf die pünktlichen Steuerzahler nicht möglich.

Der Ausschuss beschäftigte sich dann mit den Anträgen und Gesuchen, die Kreise und Gemeinden an der Kraftfahrzeugsteuer für die Begüterhaltung zu beteiligen. Dabei kam auch die Sprache auf den Zentrumsantrag betreffend Änderung des Straßengesetzes. Die Regierung wurde ersucht, in der für Anfang April angelegten Denkschrift über die Änderung des Straßengesetzes auch die Frage der Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer zu behandeln.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und eines Demokraten wurde sodann ein Antrag Seubert (Zentr.) angenommen, dem Antrage Klüber (Soz. Vgl.) betreffend Befreiung von der Hausflachungssteuer für Schweine in der Fassung zuzustimmen, daß die Hausflachungssteuer mit Wirkung vom 1. April 1928 aufgehoben wird.

Warnung vor der Einreise nach Spanien

Es mehren sich in letzter Zeit die Fälle, daß deutsche Reichsangehörige, meist jüngeren Alters, nach Spanien einreisen, um dort ihr Fortkommen zu finden, ohne der Sprache oder des Landes kundig zu sein und über genügende Mittel zu verfügen. Arbeitsuchende, die nach Spanien kommen wollen, ohne einen festen Arbeitsplatz zu haben, werden dringend gewarnt, dies zu unterlassen. Die Lebensbedingungen in Spanien sind überaus teuer, und außerdem ist auch die Geschäftslage eine durchaus ungünstige.

Zurückgewiesener Einspruch. Der Landeskommissar in Mannheim hat im Benehmen mit dem Beirat am Dienstag den Einspruch der kommunistischen Stadtvorordneten gegen die Stadtratswahlen in Mannheim abgelehnt und die Wahlen für gültig erklärt. Damit ist die Angelegenheit erledigt und der Stadtrat nunmehr endgültig bestätigt.

Zu den bevorstehenden Betriebsräte-wahlen

Schreibt der Gewerkschaftsbund der Angestellten:

Das Betriebsrätegesetz ist im Jahre 1920 unter heftigen Gewerkschaften entstanden. Teile der Arbeitnehmerchaft glaubten, darin ein Mittel zur Eroberung der politischen Macht gefunden zu haben. Teile der Unternehmerchaft vertraten die Ansicht, daß damit nur die Ämter der Arbeitnehmerchaft während der Inflation aufgefangen werden sollte, um Schlimmeres zu verhüten. Beide Auffassungen treffen nicht den Kern der Absichten des Gesetzgebers. Die Absichten des Gesetzgebers gingen dahin, die Arbeiter- und Angestelltenchaft mit neuen Rechten und neuen Pflichten in die Betriebe einzugliedern und sie damit noch mehr als bisher am einzelnen Werke zu interessieren. Der Unternehmer sollte fortan in dem Arbeiter und Angestellten nicht mehr Untergebenen, sondern Mitarbeiter sehen, die mit ihm gewillt sind, das Beste für den Betrieb, für den Unternehmer und für die Belegschaft zu erwirken. Aufgeregte Gemüter in einer aufgeregten Zeit können aber in der Praxis oft nicht so „stark“ wie es in normalen Zeiten ohne Zwischenfälle durchaus möglich ist. Aus diesem Grunde ist auf beiden Seiten stark gesündigt worden. Im großen und ganzen sind aber behauerliche Übergriffe nur zu einem geringen Prozentsatz zu verzeichnen gewesen.

Wenn man berücksichtigt, daß Zehntausende von Unternehmern mit ihren Betriebsvertretungen gut ausgekommen sind, dann fallen selbst Hunderte von Einzelfällen behauerlicher Natur nicht hart ins Gewicht. Die Gegner des Betriebsrätegesetzes haben schon dadurch ergebe, daß die Wahlbeteiligung in den vergangenen Jahren eine abwärts gleitende Kurve zeigt. Die Wahlbeteiligung sei deshalb so schlecht, weil die Betriebsräte ihre Aufgabe vollkommen verkannt und sich entgegen dem Willen des Gesetzes politisch betätigt hätten. Demgegenüber ist aber festzustellen, daß nur in den Betrieben, in denen Wahlbeteiligung an der Spitze standen, eine reservierte Haltung der Belegschaft gegenüber den Betriebsräten zu verzeichnen war. Nachdem die Periode derjenigen Betriebsräte überstanden ist, die die politische Macht ertingen wollten, ist auch das Interesse der ruhigen und besonnenen Elemente an den Betriebsräten wieder stärker geworden. Es ist bedauerlich, daß sich gerade in stürmischen Zeiten besonnene und ruhige Elemente zurückziehen, obwohl in heißen Situationen eine ausgleichende und verbindliche Persönlichkeit besonders erforderlich ist. Deshalb sollten sich die Belegschaftsangehörigen wieder und noch mehr in den Vordergrund drängen, die bisher allzu sehr im Hintergrund gestanden haben. Die Betriebsräte sollen sich aber weder mit der „hohen Politik“ beschäftigen, noch in das Arbeitsgebiet der Gewerkschaften eingreifen. Aufgabe der Betriebsräte ist es, nicht nur die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen, sondern auch dem Arbeitgeber in der Erfüllung der Betriebsverpflichtungen beizustehen. Der Betriebsrat soll in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für die möglichste Wirtschaftlichkeit der Betriebsleistungen sorgen und an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördern mitarbeiten. Der Betriebsrat hat ferner das Einberufen zwischen Arbeitnehmerchaft und Arbeitgeber zu fördern, den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren, bei Gesamtarbeitskämpfen im Betriebe mangels Einigung den Schlichtungsausschuss anzurufen, auf Abstellung von Einzelbeschwerden hinzuwirken, auf die Bekämpfung der Unfall- und Gesundheitsgefahren zu achten, die Aufsichtsbeamten hierbei zu unterstützen, an der Verwaltung von Wohlfahrtsvereinigungen mitzuwirken usw. Den Mitglieder der Betriebsräte, den sogenannten Gruppenräten (Arbeiter- und Angestelltenräte) fällt die Mitwirkung bei Einstellungen und Entlassungen zu.

Gemeinde-Rundschau

Der Bürgerausschuss Karlsruhe

erlebte am Dienstag nachmittag eine sehr reichhaltige Tagesordnung. Einmütig wurde der Erbauung eines 2000 Volt Umspannwerkes (Station Süd) an der Wilhelmstraße zugestimmt, das zur Sicherstellung der Stromversorgung der Stadt in Verbindung mit einer Gleichstromerzeugungsanlage für die Straßenbahn mit einem Aufwand von 475 000 errichtet wird. Ursprünglich war als Platz die Gegend des Bierordbades in Aussicht genommen; da aber in absehbarer Zeit eine Erweiterung des Bierordbades notwendig werden wird, schlug die jetzige Vorlage das Anwesen an der Wilhelmstraße vor. Außer dem eigentlichen Werk werden noch die gesamten Werkstätten und Magazine des Installationsbetriebes der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte untergebracht.

Eine lange Debatte ergab sich zur Wertzuwachssteuer. Die städtische Vorlage sah lediglich eine Wertzuwachssteuer für Inflationsgewinne vor, da die Rechtslage zur Einführung einer allgemeinen Wertzuwachssteuer im Hinblick auf eine evtl. Verlängerung des Finanzausgleichs noch als ungelöst angesehen wird. Ein Antrag der Sozialdemokratie verlangte aber die Umgestaltung des vorliegenden Entwurfes zu einer allgemeinen Wertzuwachssteuerordnung. Momentl. Abstimmung ergab eine knappe Mehrheit für den sozialdemokratischen Antrag (46 gegen 41 Stimmen). Hierzu steht aber noch die Zustimmung des Stadtrats aus. Die Inflationswertzuwachssteuer tritt unter allen Umständen am 1. März in Kraft. Die Steuer wird in Reichsmark festgesetzt und beträgt: bei einer Eigentumsdauer bis zu drei Jahren 25 Prozent des Wertzuwachses, von mehr als 3 bis zu 4 Jahren 20 Prozent des Wertzuwachses und von einer Eigentumsdauer von 4-5 Jahren 15 Prozent des Wertzuwachses; bei längerer Eigentumsdauer vermindert sich der Steuersatz pro Jahr um 1 Prozent, beträgt jedoch mindestens 10 Prozent. Die Steuer wird u. a. nicht erhoben, wenn der letzte steuerpflichtige Eigentumsübergang vor dem 1. Januar 1919 oder nach dem 31. Dezember 1924 liegt. Die Verordnung sieht eine Reihe von Befreiungen und Nachlaß von der Steuer vor, z. B. auch aus Billigkeitsgründen; ebenso sind Stundung oder Teilzahlungen möglich. Steuerpflichtig ist der Verkäufer und, falls ein solcher nicht vorhanden ist, der bisherige Eigentümer.

Zum Ausbau des Flughafens wurden 28 000 M. bewilligt. Das 1925 erbaute kleine Gebäude für die Zwecke der Verwaltung und der Leitung des Flugverkehrs hat sich als unzulänglich erwiesen. Es gehören neben der rein örtlichen Verwaltung des Flughafens und neben der Streckenabteilung noch folgende Einrichtungen zu dem Flughafen: polizeiliche Flugwache, Postfilialstelle, Flugwetterwarte und Kundendienst. Den persönlichen Aufwand für diese Stellen tragen die Reichs- und Landesbehörden, aber die für die Unterbringung der Stellen erforderlichen Räume sollen, nach einer allgemeinen für die deutschen Flughäfen getroffenen Regelung auf Kosten der Stadt zur Verfügung gestellt werden, und das Reichsverkehrsministerium drängt jetzt auf Bereitstellung geeigneter Räumlichkeiten.

Die Stadt Ettlingen ist zur Zeit mit der Frage der Einführung der Schwemmanflutstation beschäftigt. Sie hat sich nun, nachdem ursprünglich eine Kläranlage im Scheibenharter Wald vorgesehen war, mit der Stadt Karlsruhe geeinigt, daß die Ettlinger Abwässer, einschließlich der menschlichen Abgangsstoffe, durch Aufnahme in die städtischen Kanäle dem Klärwerk bei Neureut zugeführt und dort gereinigt werden. Es entstehen dadurch allerdings im letzten Teil des Müppurzer Sammelkanals für Karlsruhe Mehrkosten von etwa 48 000 M., die aber zum Teil aus den Zuschüssen der produktiven Erwerbslosenfürsorge gedeckt werden und im übrigen durch die in Frage stehenden wichtigen Interessen für die Stadt Karlsruhe zu rechtfertigen sind. Auch diese Vorlage fand einstimmige Annahme.

Das Heilbroner Wohnungsbauprogramm. Der Stadtrat Heilbronn genehmigte das vorgelegte Wohnungsbauprogramm für 1927/28, das neben der Bereitstellung der Mittel aus der Gebäudesondersteuer zu Darlehenszwecken für Private und Genossenschaften die Verwendung von Anlehensmitteln in Höhe von 1,5 Millionen RM. für städtische Wohnungsbauten vorsieht.

Der Bürgerausschuss Waldbrunn genehmigte nach lebhafter Debatte die Erhebung einer Umlage von 1,80 M. für 100 M. Steuerwert. Die Umlage des Vorjahres betrug nur 0,65 M. — Die Einwohnerzahl der Stadt Waldbrunn betrug im Jahre 1919: 4150 u. nach der Volkszählung im Jahre 1925: 4469.

Bahnprojekt Hardheim-Königsheim. In Hardheim (Baden) wurde eine Kommission, bestehend aus den Bürgermeistern von Waldbrunn, Hardheim, Schweinberg und Laubersheim, gewählt, die mit allen Mitteln bei den maßgebenden Stellen auf die Beschleunigung des längst geplanten Bahnprojektes Hardheim-Königsheim hinzuwirken soll. Durch das Projekt würde ein großer Teil des Baulandes dem Verkehr erschlossen werden.

Der Gemeinderat Gernsbach beschloß die Errichtung eines neuen Schulgebäudes mit einem Aufwand von 300 000 M. Die Mittel sollen durch eine Kapitalaufnahme gedeckt werden. Eine steuerliche Mehrbelastung der Bevölkerung unterbleibt.

Aus dem Stadtrat Offenburg. Das Ministerium des Innern beauftragt die städtische Sicherheitspolizei zu versuchsweisen. Da nach der Gemeindeordnung und dem badischen Polizeigesetz die Regierung jederzeit die Möglichkeit hat, die Gemeindepolizei in ihre eigene Hand zu nehmen, erklärt sich der Stadtrat damit einverstanden. Die näheren Bedingungen sollen in einer Vereinbarung niedergelegt werden, worüber noch mündlich zu verhandeln ist. Die Hauptpolizei bleibt aber auf jeden Fall weiter der Gemeinde. — An Notstandsarbeiten sind verschiedene Tiefkanäle und Straßen mit einem Aufwand von 44 000 RM., sowie ein weiteres Straßenprojekt mit 109 000 RM. beschloßen worden. Diese Notstandsarbeiten sollen noch in diesem Winter zur Ausführung kommen. Die Aufwendungen sind aus Anlehensmitteln mit einer Kündigungsfrist von 20 Jahren zu bestreiten.

Der Bürgerausschuss Ahera beriet den Voranschlag, der an Einnahmen 441 546 Mark, an Ausgaben 588 659 Mark vorsieht, so daß ein ungedeckter Aufwand von 147 113 M. verbleibt. Nach längerer Diskussion wurde der Antrag auf Festsetzung der Umlage mit 80 Pf. vom Vermögensvermögen und 100 Pf. vom Betriebsvermögen angenommen. Einmütige Annahme fand ebenfalls ein Antrag über die Erhöhung des Kreditbills für die städtischen Baudarlehen. Es sollen weitere 100 000 Mark zu diesem Zweck verwendet werden.

Der Straßenausbau Heilbronn-Schweinigen hat in den letzten Wochen große Fortschritte gemacht. Die Gleislegung ist bereits fertig, so daß mit der Eröffnung der Linie noch vor den Osterfeiertagen gerechnet werden kann.

Straßensanierung in Willingen. Die vier Hauptstraßen, welche die Stadt in Kreuzform durchziehen, sollen nach dem Beschluß des Stadtrats nunmehr gefläsht werden. Die Kosten für die Niederstraße, welche die Stadt allein zu tragen hat, sind auf 87 500 M. veranschlagt. Die drei übrigen Straßen sind Landstraßen und werden als solche von der staatlichen Wasser- und Straßenbauverwaltung gepflastert, wogu die Stadt 15 800 RM. beizuführen hat.

Der Wiederaufbau von Schönau i. B. In der Neustadt, die feinerzeit von dem schweren Brand heimgesucht wurde, sind bis jetzt etwa 20 Neubauten, ganz oder teilweise bewohnt. Man rechnet damit, daß bis zum April alle neuen Häuser bezogen sein werden. Der Bedarf an kleineren Wohnungen ist aber noch nicht gedeckt. In den Baracken, in denen Notwohnungen eingerichtet wurden, ist bis jetzt erst eine Wohnung frei geworden. Mit dem Bau des neuen Schönauer Postamtes in der Friedrichstraße wird dem Vernehmen nach bald begonnen werden.

Bürgermeisterwahl. Bei der stattgefundenen Bürgermeisterwahl in Ottschwanden, welcher Posten durch den Tod des Bürgermeisters Köhlin erledigt war, wurde Steuerberater Matthias Bühler mit 348 Stimmen gewählt. Zwei andere Kandidaten konnten zusammen nicht ganz 200 Stimmen auf sich vereinigen.

Der Bürgerausschuss Triberg hat in seiner seit den Bahnen im Herbst veränderten Zusammensetzung seine erste Sitzung abgehalten und in glattem Verlauf der Beratung innerhalb anderthalb Stunden eine reiche Tagesordnung erledigt. Anlässlich der Bereitstellung von 280 000 RM. für die Gewährung von Baudarlehen zur Förderung des Wohnungsbauwerkes wurde der Wunsch geäußert, in erster Linie bei den Arbeiten, die doch auch wesentlich zur Hebung der Erwerbslosigkeit dienen sollen, solche Erwerbslose zu berücksichtigen, die in Triberg ansässig sind. Aus den Beschloßenen ist weiter zu erwähnen der Verkauf von zahlreichen Baulandstücken an Triberger Baulustige, die Zustimmung zur Vereinigung der bisher abgeforderten Gemarkung Hofleben mit der Gemarkung Triberg, Erhebung einer Wertzuwachssteuer.

Die Finanzlage der Stadt Konstanz. Der Stadtrat Konstanz behandelte bei Besprechung des Voranschlags der Stadt für das Jahr 1927 die Finanzlage der Stadt, welche sich sehr betrüblich entwickelte. Der Voranschlag für 1926 balanziert mit 5 024 000 M. Nach dem diesjährigen Rechnungsergebnis der Stadt ergibt sich jedoch ein Einnahmefall von 345 000 M. und eine Ausgabe von 390 000 M., mithin ein Fehlbetrag von 785 000 M. Die Hauptursachen dieses Fehlbetrages liegen darin, daß von den Überweisungen des Voranschlags 338 000 M. weniger eingingen, während die Ausgaben für die soziale Fürsorge aller Art gewaltig anwuchsen. 1913 betrug der Fürsorgeaufwand 100 000 M., heute insgesamt über 1 200 000 M. Zur Deckung des Fehlbetrages wurde eine Erhöhung der Umlage für das laufende Rechnungsjahr von 60 Pfennig auf 1 Mark für 100 Mark Steuerwert beschloßen, also eine nachträgliche Umlage von 40 Pfennig zu der bisherigen Umlage von 60 Pfennig.

Der Bürgerausschuss Stockach nahm einen Antrag, zur Förderung des Wohnungsbauwerkes ein Darlehen von 150 000 RM. aufzunehmen, einstimmig an. Weitere Vorlagen betrafen die Gewährung von Baudarlehen, die Erweiterung der Bürgerschule und die Erwerbung von Baugebände.

Eine Anleihe Stuttgarts. Das Württemberg. Ministerium des Innern hat der Stadt Stuttgart die grundsätzliche Genehmigung zur Aufnahme einer Inlandsanleihe in Höhe von 15-20 Mill. RM. erteilt. Der Aufnahmezeitpunkt dieser Anleihe steht noch nicht fest, da der Gelddruck der Stadt derzeit nicht dringend scheint.

Aus der Landeshauptstadt

Neue Ehrenbürger der Technischen Hochschule Karlsruhe. Der Senat der Tech. Hochschule Karlsruhe hat die Würde eines Ehrenbürgers verliehen: 1. auf einstimmigen Antrag sämtlicher Abteilungen dem Präsidenten der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft, Dr. Erzellenz Herr Staatsminister a. D. Dr. jur. h. c. Dr.-Ing. C. h. Friedrich Schmitt-Ditt in Berlin als Ausdruck ihrer Dankbarkeit für die in Deutschlands schwerster Zeit erfolgte Gründung und vorbildliche Leitung der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft; 2. auf Antrag der Abteilung für Mathematik und allgemein bildende Fächer Herrn Geheimen Hofrat Prof. Dr.-Ing. C. h. Dr. Karl Bühler in Leipzig in Anerkennung seiner hervorragenden Verdienste um die Förderung der Wissenschaftsgeschichte, namentlich der gewerblichen Betriebsformen und des Zusammenhanges von Technik und Wirtschaft.

Ausflügelzug nach dem Schwarzwald. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe plant für die Sommerzeit die Einführung eines beschleunigten Personenzuges an Sonntagen, der von Mannheim aus über Karlsruhe und Freiburg, bis zur Station Bärenthal durchgeführt werden soll: Mannheim ab 4,25 morgens, Freiburg an 8,35, Bärenthal an 10,40 vormittags. Der Zug verläßt die Station Bärenthal abends gegen 27 und trifft in Freiburg um 8,25 Uhr, in Mannheim um 12,50 Uhr nachts ein.

Rückgang der Grippeerkrankungen. Die Zahl der in den hiesigen Schulen fehlenden Volksschüler ist in der letzten Woche von 4,7 Proz. auf 3,5 Proz. der Gesamtschülerzahl zurückgegangen. Die Zahl der Grippeerkrankungen in den höheren Schulen ist noch geringer als in der Volksschule. Die Epidemie scheint ihrem vollständigen Erlöschen ganz nahe zu sein.

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Ein reichhaltiges und interessantes Programm bringen die Bad. Lichtspiele in dieser Woche. Da ist in erster Linie der Film „Im Wunderlande des Nordens“ zu nennen. „Island“, die zersplitterte Inselwelt mit ihren kanalarartigen Felsenschnitten, ist heute ein vielbegehrtes Ziel der Nordlandreisenden. In diesem Film werden uns nun die landschaftlich reizvollsten Punkte durch prachtvolle Naturaufnahmen übermittelt. Wir besuchen mit den herrlichen Wasserfällen und die heißen Quellen von Laugarms. Fischfang, Schaf- und Pferdezücht bilden die Hauptberufe der Inselbewohner. — Ein anderer Wildstreifen, betitelt „Die Wüste am Meer“ führt uns nach der Kurischen Nehrung in Ostpreußen. Die Dünen, die „wan-dewenden Berge“ haben oft großes Unheil angerichtet, Wälder und Dörfer verschüttet. Durch Anpflanzung des Strandhafers auf der Vordüne und groß angelegter Forstplantagen auf den bis 60 Meter hohen Wanderdünen werden Dörfer und Kulturen vor den Sandmassen geschützt. Die Bewohner der Nehrung leben hauptsächlich von Fischerei. In diesem nordöstlichsten Teil Deutschlands befindet sich die berühmte Vogelwarte Haffens, die wir auch im Film sehen. Den Wildstreifen zeichnen auch hier die wunderbaren Landschaftsaufnahmen aus. — Recht humorvoll und filmtechnisch interessant ausgestattet, ist der Weiffilm „Arenzworträtsel Nr. 4“. Eine weiche lustige Episode bringt uns der Film „Das Tintenmännchen“. Ein Besuch, besonders der Schulen, ist sehr zu empfehlen.

Wetternachrichtenbericht der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Baden hatte gestern nur meist wolkeiges Wetter mit Frühnebeln und ohne nennenswerte Niederschläge. Die westlich England liegende Isllone beginnt nunmehr ihren Einfluß weiter auf das Festland auszuüben. Für die nächsten Tage ist daher in tieferen Lagen mit frostfreiem Wetter zu rechnen. Voraussichtl. Witterung für 24. Febr.: Milde, auch im Gebirge, zeitweise Niederschläge, in der Ebene als Regen, auffrischende Südwestwinde.

Die Trübner-Gedächtnisausstellung in Basel wird nunmehr definitiv am kommenden Sonntag, den 27. Februar geschlossen. Sie war gerade in den letzten Tagen von Deutschland u. der Schweiz sehr stark besucht, und zwar nicht nur von badischen Nachbarn, sondern vor allem auch von solchen deutschen Kunstfreunden, die auf der Rückreise vom Hochgebirge oder aus dem Süden waren. Aber auch sonst sind interessierte Persönlichkeiten aus ganz Deutschland zum Besuch in Basel gekommen, weil das Material nach Schluß der Ausstellung an seine Besitzer wieder zurückkommt und jedenfalls in dieser einheitlichen Zusammenstellung auf absehbare Zeit hin nicht mehr gezeigt werden kann. Das sollten sich vor allem auch alle badischen Kunstfreunde gesagt sein lassen und die Zeit bis zum Schluß der Ausstellung ausnützen. Eine Verlängerung ist gänzlich ausgeschlossen.

Badisches Landestheater. Einen bunten Abend großen Stils wird, wie mitgeteilt, das Fastnachts-Cabaret im Landestheater bringen. Der Stimmung der Tage entsprechend soll der Humor in erster Linie zu seinem Recht kommen. Von gemeinsamen Vorträgen über den ironischen und satirischen Sinn bis zur grotesken Darbietung gegangen werden. Die ersten Kräfte des Landestheaters haben sich zur Verfügung gestellt. Viel Mühe und Sorgfalt ist auf Auswahl und Einstudierung der Darbietungen verwandt worden und das Personal des Landestheaters stellt sein ganzes Können in den Dienst der nicht leicht zu bewältigenden Kleinkunstbühne. Edith Wieselhuber hat eine Gruppe Kalligraphen aus ihrem Ballett ausgegliedert, Paul Müller wird einen eigenen Vortrag bringen, die prominenten Tenöre des Landestheaters werden in edlem Weltreit singen, erste Schauspieler werden als Gesang- und Tanzkünstler auftreten. Auch auf technischem Gebiet werden Überraschungen gezeigt werden. Zum Schluß wird eine Revue alle Künstler vereinigend. Die Verse dazu stammen von Hermann Brand. Die künstlerische Leitung des Cabarets hat Intendant Dr. Waag, die musikalische Generalmusikdirektor Kripps.

Der Mordprozess Wagner. Die Vernehmung des Angeklagten Wagner vor dem Karlsruher Schwurgericht nahm am Dienstag fast sechs Stunden in Anspruch. Er gab über den Tod des Thome eine Darstellung, nach welcher dieser selbst die Waffe an seine Schläfe gesetzt, Wagner ihm den Revolver habe aus der Hand schlagen wollen und dabei zwei Schüsse gefallen seien, die Thomes Tod herbeigeführt hätten. Die Vernehmung hat Wagner später an den Verhandlungstisch, von wo sie in den Nachmittagsstunden 1/7 Uhr abends wurde die Verhandlung auf heute vertagt.

Kurze Nachrichten aus Baden

Badenweiler, 22. Febr. Die neunte öffentliche Abstimmung dieses Semesters führte zur einstimmigen Annahme des Haushaltsplanes für das nächste Semester, wobei mit der ministeriellen Genehmigung eine mäßige Erhöhung des studentischen Mitgliedsbeitrages zugunsten des Amtes für Betriebsübungen gerechnet wurde. Einstimmig wurde ferner gemäß der in den letzten Abstimmung von allen Fraktionen gemeinsam abgegebenen Erklärung, die in dieser Erklärung ge-

nannte neue Fassung vom Absatz 2 B des dritten Stückes der Verfassung der Heidelberger Studentenschaft mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit in erster Lesung angenommen. Diese Verfassungsänderung (die mit der vom Bonner Studententag geforderten und von dem Heidelberger Alts wiederholt abgelehnten Verfassungsänderung nicht identisch ist) wird zum zweiten Mal erst nach den Semesterferien gelesen werden können.

Säckingen, 21. Febr. Das Realgymnasium Säckingen beging als einzige deutsche Schule die Gedenkfeier des 100. Todestages Pestalozzis auf Schweizer Boden an Pestalozzis Grabe selbst. Die Schüler fuhrten mit ihren Lehrern von Stein über Brugg nach dem Dorfe Birr, wo sich die Ruhestätte Pestalozzis befindet. In dieser wies Herr Direktor Dr. Brähler in einer Ansprache auf die Bedeutung des Tages hin. Nach Brugg zurückgekehrt, besichtigte man Pestalozzis Sterbehäuser. Auch das Gut Neuhof, wo Pestalozzi lange lebte und wirkte, erhielt einen Besuch. Der Gedanke, den Tag in dieser Weise zu begehen, war ein glücklicher, und die Feier viel eindrucksvoller, als es in den Räumen des Schulhauses möglich gewesen wäre.

W. Wörflingen bei Singen, 22. Febr. Hier erschlug in der vergangenen Nacht der Nachtwächter Rigling seinen Schwiegersohn, den Arbeiter Sterk. Sterk kam, wie schon öfter, in betrunkenem Zustande nach Hause und drohte, seine Familie umzubringen. Rigling griff darauf zur Art und schlug Sterk nieder. Sterk hinterläßt Frau und vier Kinder.

W. B. Speyer, 22. Febr. Heute vormittag verhafteten Franzosen den Stationskommandanten in Widen. Die Station besetzten sie mit dem franz. Gendarmen, der im Dienstzimmer verblieb, bis ein deutscher Wachtmeister vom Dienstgange zurückkam. Der franz. Kraftwagen fuhr dann nach Steinheim weiter, wo der dortige Stationskommandant ebenfalls verhaftet wurde. Auf dem Rückwege nach Widen hielten sie den franz. Gendarmen wieder ab. Die Gründe für die Verhaftung der beiden Stationskommandanten sind nicht bekannt gegeben worden.

Der moderne Straßenbau.

Der Deutsche Landkreistag hat vor einiger Zeit einen Straßenbau-Kursus für leitende technische Beamte veranstaltet. Das größte Interesse fanden naturgemäß die Vorträge über die modernsten Arten des Straßenbaus mit Teer u. Bitumen als Bindemitteln. In England u. in der Schweiz hat man mit diesen neuesten Methoden befriedigende Erfahrungen gemacht. Es kommt aber bei den gegenwärtig in Deutschland durchzuführenden Straßenbauten vor allem darauf an, diejenige Bauart zu wählen, die für den jetzigen oder für den in den nächsten 10 Jahren zu erwartenden Verkehr auf den einzelnen Straßen gerade genügt. Geht man darüber hinaus, so wird der Bau der Straßen unwirtschaftlich, und es ist nicht möglich, mit den verfügbaren Mitteln das Gesamtstraßennetz den Bedürfnissen entsprechend auszubauen. Wird dagegen ungekehrt eine Straße nicht mit so widerstandsfähigem Material gebaut, wie es der Verkehr auf der betreffenden Straße erfordert, so werden sehr bald Reparaturen notwendig werden, durch die unnütze Mehrbelastungen entstehen.

Erfreulich ist, daß die Automobilindustrie neuerdings begonnen hat, nach dem amerikanischen Muster leichtere Lastkraftwagen herzustellen, als sie bisher in Deutschland vielfach gebaut wurden. Der Ausbau der deutschen Landstraßen wird noch mindestens 10 bis 15 Jahre in Anspruch nehmen. So lange wird es also dauern, bis die Straßen auch nur dem heutigen Verkehr, namentlich dem Automobilverkehr, gewachsen sein werden.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. Februar		22. Februar	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.72	169.14	168.71	169.13
Kopenhagen 100 Kr.	112.31	112.59	112.30	112.32
Italien . . . 100 L.	18.45	18.49	18.43	18.52
London . . . 1 Pf.	20.434	20.486	20.434	20.486
New York . . . 1 D.	4.2135	4.2235	4.2135	4.2235
Paris . . . 100 Fr.	16.495	16.595	16.49	16.53
Schweiz . . . 100 Fr.	81.35	81.55	81.03	81.23
Wien 100 Schilling	59.35	59.49	59.32	59.46
Prag . . . Kr. 100	12.476	12.516	12.474	12.514

Staatsanzeiger

Der Arbeitsgemeinschaft für Kindererholung in Mannheim wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Geldlotterie erteilt.

Karlsruhe, den 21. Februar 1927.
Der Minister des Innern
J. B.: Föhrenbach

Dem Münsterbauverein Dreifach wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer weiteren, der 4. Lotterie erteilt.

Karlsruhe, den 21. Februar 1927.
Der Minister des Innern
Kemmeler

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten

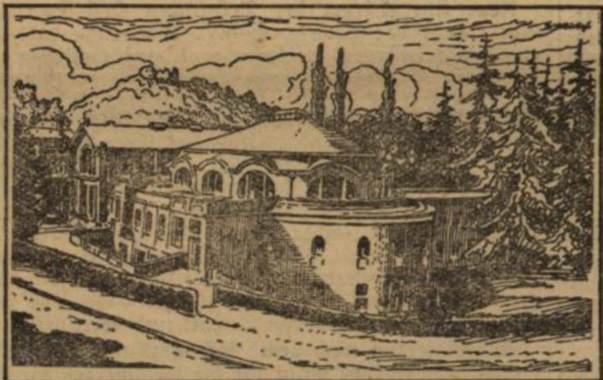
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts

Ernannt:
Taubstummenlehrer Edwin Singer an der Taubstummenanstalt in Heidelberg zum Direktor dieser Anstalt.

Befördert:
Taubstummenlehrer Kaspar Derr in gleicher Eigenschaft von der Taubstummenanstalt in Geroltsheim an die Taubstummenanstalt in Heidelberg.

Zurückgesetzt:
Hauptlehrer Karl Friedrich Rupp in Bollsch, Amt Borsach.

Badenweiler



Staatliches Markgrafenbad

Betriebsöffnung am 1. März l. J.

In der Voraison bis Ostern ermäßigte Bäderpreise
Nähere Auskunft durch die
Staatliche Bäderverwaltung

Bezirks-Sparkasse Haslach i. R.

Oeffentliche Spar- und Kreditanstalt.

Bilanz per 31. Dezember 1926.

Aktiva.	RM	Passiva.	RM
Verwaltungsgebäude	1.—	Guthaben der Spareinleger	1 033 053.74
Hypotheken	367 820.10	Giro- und Scheckeinlagen	182 945.62
Bertpapiere	29 771.30	Aufwertungsconto	15 414.30
Darlehen auf Schuldschein	125 997.76	Anlehenskapitalien	12 282.19
Besitz	69 243.49	Reservefonds	30 000.—
Darlehen in laufender Rechnung	539 291.—	Reingewinn	16 481.31
Guthaben bei Banken	164 615.23		
Kasse	3 498.28		
Einrichtung	1.—		
	1 290 177.16		1 290 177.16

Gewinn- und Verlust-Konto.

Soll.	RM	Haben.	RM
Gehälter-Konto	18 582.24	Zinsen-Konto	43 285.38
Unkosten-Konto	9 439.07	Gebühren-Konto	2 514.66
Eigenschaften-Konto	1 297.40		
Reingewinn	16 481.31		
	45 800.02		45 800.02

Berechnung des Reservefonds.

Derselbe hat nach § 10 der Satzung mindestens 8% der Guthaben der Einleger zu betragen.
Somit 8% aus RM 1 231 413.66 RM 98 513.06
Das reine Vermögen beträgt RM 46 481.31
Es fehlen am Reservefonds RM 52 031.74

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr
— Sonntags 4 und 8 Uhr — 125

„Die bunte Tüte“
50 Mitwirkende 20 Girls

Bürgerl. Rechtspflege

Streitige Gerichtsbarkeit.

§ 923. Abz. über das Vermögen des Mechanikermehlers Adolf Ropper, senior in Vahr wurde heute Vormittag 11 Uhr das Konkursverfahren eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Dr. Fluge in Vahr. Konkursforderungen sind bis zum 15. März 1927 beim Gericht anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlebung über die in § 132 d. Konkursordnung bezeichneten Gegenstände — u. zur Prüfung der angemeldeten Forderungen — ist am:

Dienstag, den 22. März 1927, vorm. 9 Uhr vor dem Amtsgericht hier II. Stock, Zimmer 31.

Öffentliche Sparkasse Rheinbischofsheim.

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Verbindlichkeiten.	RM
1. Kassenbestand	6 805.90	1. Spareinlagen	348 521.39
2. Guthaben bei Banken, Girozentrale und Post-scheckamt	66 101.51	2. Giro- und Kontokorrent-einlagen	10 901.52
3. Wertpapiere	1.—	3. Sonstige Einlagen	—
4. Kasse	25 434.98	4. Anlehens- und andere Schulden	28 700.—
5. Darlehen auf Hypotheken	173 766.60	5. Ausgaberrückstände	50.—
6. Darlehen in laufender Rechnung an Private	54 148.39	6. Rücklagen:	
7. Darlehen auf Schuldschein	85 341.50	a) gefehl. Reservefonds	10 591.66
8. Darlehen an Gemeinden	—	b) Sonderrücklage	38 052.22
9. Einnahmerückstände	2 637.91	c) Aufwertungsstoc	—
10. Grundstücke u. Gebäude	19 100.—		
11. Gerätschaften	3 479.—		
	436 816.79		436 816.79

Rheinbischofsheim, den 19. Februar 1927.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
Scherwik, Bürgermeister.

3.907

Der Geschäftsführer:
Thorwart, Verwalter.

Zureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Freiburg, 21. 2. 1927.
Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft. Vorstand der Bahnbauinspektion.



Badisches Landestheater

Donnerstag, 24. Febr. 1927
* D 17 (Donnerstagniete)
Th.-Gem. 1101—1200
Zum erstenmal

Der glühende Grad

von Dregely
In Szene gesetzt von Uctia von der Trend

Egellens Dub Höder
von Heiner Gatz
Stephanie Frauenhofer
Emma Clement
Hildef Kienker
Laura Genter
von Jinko Bodt
von Silberberg Brand
von Gahl Müller
Kürschner Hofbauer
Prüter Prüter
Dr. Sonnberg Leitzgeb
Huber Gemmede
Irene Noelt
Melzer Kloeble
Gatella Graf
Hauer Rehner
Stern Schneider
Vikt Wrecht
Josef Schneider
Peter Weidner
Anfang 7/1, Ende geg. 10
I. Sperrfrist RM. 5.—
Fr. 25. Febr. Die Fiedermans
Sa. 26. Febr.
Einen Zug will er sich machen

Resi - Lichtspiele
Waldstraße 78

Ben Hur

Detektiv - Institut
u. Privat-
Rückmittel

„Argus“
Mannheim
O. 6. 6
Pianok
Schulstraße 53/55
A. Maller & Co., G.m.b.H.